

AUS UNSEREM PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND

Der Islam gehört nicht zu Deutschland

In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung. Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, ist mit unserer Rechtsordnung und Kultur unvereinbar. Viele Muslime leben rechtstreu sowie integriert und sind akzeptierte und geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD verlangt jedoch zu verhindern, dass sich islamische Parallelgesellschaften mit Scharia-Richtern bilden und zunehmend abschotten. Sie will verhindern, dass sich Muslime bis zum gewaltbereiten Salafismus und Terror religiös radikalieren.

Kritik am Islam muss erlaubt sein

Religionskritik, auch Kritik am Islam, ist im Rahmen der allgemeinen Gesetze rechtmäßig als Teil des Grundrechts der freien Meinungsäußerung. Religiöse Satire und Karikaturen sind ebenfalls von der Meinungs- und Kunstfreiheit geschützt. Die AfD wendet sich gegen eine Diffamierung von Islamkritik als „Islamophobie“ oder „Rassismus“.

Auslandsfinanzierung von Moscheen beenden

Die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw. ihre Mittelsmänner soll unterbunden werden. Islamische Staaten wollen durch den Bau und Betrieb von Moscheen den Islam in Deutschland verbreiten und ihre Macht vergrößern.

Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschaftssymbol ebenso ab wie den Muezzinruf, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Minarett und Muezzinruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen in der Moderne praktizieren.

Keine öffentlich-rechtliche Körperschaft für islamische Organisationen

Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen, weil sie die rechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllen.

Keine Vollverschleierung im öffentlichen Raum

Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst. Burka oder Niqab errichten eine Barriere zwischen der Trägerin und ihrer Umwelt und erschweren damit die kulturelle Integration und das Zusammenleben in der Gesellschaft.

Ein Verbot ist daher notwendig und nach einem Urteil des EuGH rechtmäßig. Im öffentlichen Dienst soll kein Kopftuch getragen werden; in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch Schülerinnen in Anlehnung an das französische Modell. Der Integration und Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit widerspricht das Kopftuch als religiös-politisches Zeichen der Unterordnung von muslimischen Frauen unter den Mann.

www.alternativefuer.de

Sie haben kein Vertrauen mehr in die Politik der Alt-Parteien?
Dann unterstützen Sie uns!
Werden Sie Mitglied, Förderer oder Spender!

Bitte im Verwendungszweck „Wahlkampfspende“ und auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine spätere Spendenquittung angeben.

Alternative für Deutschland
Sparkasse Oberhessen, Bad Nauheim

IBAN: DE16 5185 0079 0027 1155 51
BIC: HELADEF1FRI

Alternative
für
Deutschland

Nicht alle Muslime sind Terroristen, aber religiös motivierter Terror in Deutschland ist bisher immer muslimisch gewesen. Wir können es uns aus Sicherheitsgründen nicht mehr leisten, noch mehr Muslime unkontrolliert nach Deutschland einwandern zu lassen.



Dr. Alexander Gauland
Stellvertretender Vorsitzender der AfD

Alternative für Deutschland
Schillstraße 9 · 10785 Berlin
bundesgeschaeftsstelle@alternativfuer.de
Telefon: (030) 265 583 70

Vi.S.d.P. Alternative für Deutschland · Pressestelle · Schillstr. 9 · 10785 Berlin | 07.2016 · Trefoto: flickr.com | Neil Moralee | CC BY-NC-ND 2.0



DER ISLAM GEHÖRT NICHT ZU DEUTSCHLAND

Die Alternative für Deutschland
bekennt sich zur **deutschen Leitkultur**.

Alternative
für
Deutschland

Muslimische Parallelgesellschaften in Deutschland

Geschätzt **5 Millionen Muslime** leben in Deutschland, davon rund 3 Millionen Türken. In Großstädten haben sich Parallelgesellschaften gebildet mit eigener Kultur und einer Schattenjustiz durch muslimische „Friedensrichter“, die Streitfälle aller Art, auch Mord und andere Schwerekriminalität, gemäß der Scharia „schlichten“. Polizei und Justiz werden gezielt umgangen. 47 Prozent aller Türkeistämmigen halten die Gebote des Islam für wichtiger als die Gesetze des Staates. 32 Prozent wünschen die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Mohammeds Zeiten (Emnid-Umfrage für Universität Münster, 16.6.2016). Ein „Euro-Islam“ ist nicht in Sicht. Vielmehr tendieren gerade die jüngeren Generationen verstärkt zum **Fundamentalismus**.

Die AfD setzt sich für die Bewahrung des freiheitlich-demokratischen und säkularen Rechtsstaats ein. Sie fordert, das staatliche Recht als alleingültig anzuerkennen und das Staatsmonopol der Strafverfolgung und Rechtsprechung durchzusetzen.

flickr.com | Stiftung Mercator | CC BY 2.0

Auszug aus dem dem Grundsatzprogramm, das auf dem AfD-Bundesparteitag in Stuttgart am 30. April und 1. Mai 2016 beschlossene wurde. Das ausführliche Programm finden Sie unter: www.alternativfuer.de



Demographische Entwicklung

Aufgrund einer **höheren Geburtenrate** von Muslimen im Vergleich zu Nicht-Muslimen nimmt die Zahl der Muslime in Deutschland ständig zu. Auch die unkontrollierte Einwanderung über eine verfehlte Asylpolitik sowie der Familiennachzug tragen wesentlich zum Anwachsen des muslimischen Bevölkerungsanteil bei. Die meisten Muslime in Deutschland leben in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen und Bayern. Es ist absehbar, dass eingebürgerte und wahlberechtigte Muslime in wenigen Jahren einen entscheidenden Faktor in der Politik darstellen werden.

Die AfD will der demografischen Fehlentwicklung in der einheimischen Bevölkerung entgegensteuern und effektive Maßnahmen gegen eine irreguläre, konfliktträchtige Masseneinwanderung ergreifen. Deutschland ist kein klassisches Einwanderungsland. Im Multikulturalismus sieht die AfD eine ernste Gefahr für den Fortbestand unserer Nation und Kultur.

Die islamische Zweiteilung der Welt

Der orthodoxe Islam gliedert die Welt in Dar al-Islam (**Haus des Friedens**) und Dar al-Harb (**Haus des Krieges**). In der Diaspora leben Muslime als Minderheit im Dar al-Harb und sollen danach trachten, die Mehrheit und damit die Herrschaft zu erlangen. Den gläubigen Muslimen werden Nicht-Muslimen als „Ungläubige“ entgeggestellt. Nach dem Koran ist keine Freundschaft mit „Ungläubigen“ erlaubt. Juden und Christen als „Schriftbesitzer“ sollen sich unterwerfen und eine Schutzsteuer zahlen, wenn sie nicht bekämpft werden wollen. Den Islam zu verlassen (Apostasie) ist verboten und wird mit dem Tode bedroht.

Die AfD lehnt einen islamischen Herrschaftsanspruch ab. Sie befürwortet hingegen die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit sowie die Freiheit der Religionsausübung nur im Rahmen der staatlichen Gesetze. Eine militante Konfrontation von Gläubigen gegen „Ungläubige“ verhindert die Integration von Muslimen und kann nicht geduldet werden. Der Wechsel der Religion muss selbstverständlich zulässig sein.

Moscheen in Deutschland

Ihre genaue Zahl ist unbekannt. Es soll **ca. 2.750 „Gebetshäuser“** geben sowie 206 repräsentative Moscheen mit Kuppel und Minarett. Ihre Zahl wächst ständig. Moscheen sind keine reinen Sakralbauten, sondern Multifunktionsgebäude auch für profane Zwecke. Rund 50 Moscheen tragen den aufschlussreichen Beinamen „Fatih“, d.h. „Eroberer“, nach Sultan Mehmed II. gen. Fatih, der 1453 Konstantinopel eroberte. Die große Yavus-Sultan-Selim-Moschee in Mannheim ist nach einem der mächtigsten und grausamsten Herrscher des Osmanischen Reichs benannt, der zigtausende Christen, Schiiten und Aleviten ermorden ließ. **90 Moscheen werden vom Verfassungsschutz beobachtet.** Ralph Giordano bezeichnete Großmoscheen als „Landnahme auf fremdem Territorium“. Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB) betreibt 900 Moscheen in Deutschland. Sie ist abhängig von der staatlichen Religionsbehörde (Diyanet) in Ankara und importiert den türkischen Nationalismus nach Deutschland. Den Moscheen sind zumeist Koranschulen angeschlossen.

Die AfD lehnt die Auslandsfinanzierung von Moscheen ebenso ab wie das Minarett und den Muezzinruf. In Deutschland tätige Imame sollen sich zu unserer Verfassung bekennen, der staatlichen Zulassung bedürfen und in deutscher Sprache predigen. Koranschulen sollen wegen der Gefahr integrationswidriger Indoktrination geschlossen werden. Statt eines bekenntnisorientierten Islamunterrichts fordert die AfD eine sachliche Islamkunde als Teil des Ethikunterrichts an staatlichen Schulen.

flickr.com | Omar Charifwala | CC BY-NC-ND 2.0

flickr.com | Marco Verch | CC BY 2.0



Gewalt und Terror

Mit den Axt-Attacken des afghanischen (?) Asylbewerbers Riad Khan Ahmadzai im Regionalzug in Würzburg am 18.7.2016 und dem Anschlag des abgelehnten syrischen Asylbewerbers Mohammed Daleel in Ansbach am 24.7.2016, die beide auf verschiedene Weise in Beziehung zum sog. Islamischen Staat (IS) standen, **hat der Terror Deutschland erreicht.** Schon vorher sind Anschläge von muslimischen Fanatikern nur durch die Wachsamkeit der Sicherheitsbehörden und glückliche Zufälle verhindert worden. Weitere Terroranschläge sind zu erwarten. Psychologische oder soziologische Erklärungsversuche greifen zu kurz. **„Der Islam ist keine Religion des Friedens“**, sagt Hamed Abdel-Samad (ZEIT-Interview, 7.12.2015), und Zafer Senocak erklärte: „der Terror kommt aus dem Herzen des Islam, er kommt direkt aus dem Koran.“ (WELT, 29.12.2007) Der Koran enthält zahlreiche Gewalt- und Tötungsbefehle gegen die „Ungläubigen“. Aber nicht nur Asylbewerber aus islamischen Staaten können gefährlich werden. Europol warnt vor mehreren hundert potenziellen Terroristen aus der EU, die sich in Syrien und dem Irak radikalisiert haben, um für den IS zu kämpfen, und nun wieder zurückgekehrt seien (WELT, 26.7.2016).

Die AfD verlangt eine Schließung der deutschen Grenzen, an denen strenge Personenkontrollen durchgeführt werden müssen. Zurückkehrenden IS-Dschihadisten ist die Einreise ebenso zu verweigern wie Personen ohne gültige Ausweispapiere und Asylbewerber, die aus einem sicheren Drittstaat kommen. Terrorverdächtige im Inland müssen konsequent überwacht und strafrechtlich verfolgt werden. Die Auslandsfinanzierung von Moscheen muss unterbunden werden. Moscheevereine, die mit Haßpredigern gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder die Strafgesetze verstoßen, sind zu verbieten.

Screen aus youtube.com | Beleremvideo des Attentäters von Würzburg



029 / 1:54

Zur Stellung der Frau im Islam

Frauen haben nach dem Koran mindere Rechte und sind **dem Mann untergeordnet.** Wenn sie dem Ehemann nicht gehorchen, sollen sie nach Ermahnungen geschlagen werden. Auch Minderjährige werden oftmals zwangsverheiratet. Gehen Muslimas eine Beziehung zu einem „Ungläubigen“ ein, sind drastische Strafen, im Extremfall ein „Ehrenmord“, zu befürchten. Polygamie wird durch die Imamehe ohne vorherige standesamtliche Trauung ermöglicht. Viele Muslimas leben isoliert nur in ihrer Familie, verfügen über keine Bildung und kaum Sprachkenntnisse. Burka- und Niqabträgerinnen sind nicht selten in den Straßen zu sehen; orthodoxe Muslimas tragen zumindest ein Kopftuch. Junge Mädchen werden von Klassenfahrten und vom Schwimmunterricht ausgeschlossen.

Die AfD fordert völlige Gleichberechtigung für Muslimas. Sie lehnt jede Benachteiligung und Unterdrückung muslimischer Frauen ab. Im öffentlichen Dienst und an Schulen soll kein Kopftuch getragen werden. Burka und Niqab sind als Integrationshindernis zu verbieten. Für Mädchen soll die volle Teilnahme am Schulunterricht obligatorisch sein. Genitalbeschneidung ist als schwere Körperverletzung zu bestrafen.

fofolla.com

